

Überlegungen zur Gründung eines arbeits- und sozialpolitischen Arbeitskreises

Überarbeiteter Vortrag von Elli Frana, 3.11.2005

Vorbemerkung: Gründung von Arbeitskreisen ins Auge gefasst

An der Mitgliederversammlung der WASG Augsburg am 3. November nahm auch eine Abordnung der Linkspartei.PDS und verschiedene Interessenten teil. Es ging vor allem um eine Orientierung nach den Bundestagswahlen. Vorstandsmitglied Dietmar Michalke referierte zu neuen, unschönen Entwicklungen bei Hartz IV und Steuern in der Bundespolitik und berichtete vom Streik bei Infineon in München, wo sich beeindruckende Solidarität gezeigt habe. Zum Schluss seines Beitrags sprach er eine Reihe von Themenfeldern und örtlichen Organisationen an, die die WASG interessieren könnten und sollten. Dazu zählten vor allem attac, das Forum solidarisches und friedliches Augsburg und die Gewerkschaften.

Anschließend befasste sich Elvira Frana in einem Vortrag vor allem mit der Gründung von Arbeitskreisen und ihren möglichen Themen. Sie sprach sich für einen arbeits- und sozialpolitischen Arbeitskreis aus (diesen Teil dokumentieren wir weiter unten ausführlich) und für einen kommunalpolitischen Arbeitskreis. Zu möglichen Themen eines kommunalpolitischen Arbeitskreises wurden von Elvira kurz skizziert das Thema der sozialen Milieus in Augsburg, die geplante Senkung der Gewerbesteuer, die gespannte Beziehung der Kommunen zur Staatsregierung, die Auswirkungen der Dienstleistungs-Richtlinie (Bolkestein) und der Widerstand dagegen sowie der Öffentliche Nahverkehr und die Unterstützung von verdi Fachbereich Verkehr. Von Dietmar Michalke wurde ergänzend auf die Privatisierungstendenzen bei Wasser und Energie verwiesen.

Auf besonderes Interesse stieß der Umstand, dass es zur Dienstleistungsrichtlinie einen ausführlichen Stadtratsbeschluss gibt. Siehe unseren [Artikel zum 1. Mai 2005](#). Am Ende dieses Artikels auf S. 5 – 6 wird auf den Stadtratsbeschluss eingegangen, sowie der SPD-Antrag und die Resolution dokumentiert.

Für die Arbeitskreise gab es zahlreiche Interessenten, so dass die Gründung und Strukturierung der Arbeitskreise wohl einer der Schwerpunkte der WASG, d.h. der Mitglieder, des Vorstands und von Freunden und befreundeten Organisationen sein dürfte.

Vortrag

Der arbeits- und sozialpolitische Arbeitskreis sollte die **örtlichen Aspekte der Agenda 2010, vor allem von Hartz IV** behandeln. Herbert H. hat eine Reihe interessanter Fragen an den DGB-Vorsitzenden Helmut Jung gestellt, der für die Gewerkschaften im Beirat der ARGE (Arbeitsgemeinschaft Augsburg) sitzt. ¹ Seine Fragen zielen vor allem auf die Haltung des DGB zu den 1-Euro-Jobs, den sogenannten „Arbeitsgelegenheiten“, aber auch auf die Vetorechte des Beirats und die Transparenz der Tätigkeiten der ARGE. Der Verdacht, dass mit den sog. „Arbeitsgelegenheiten“ schwerer Missbrauch getrieben wird, erhärtet sich. Massive Proteste der

Handwerkskammer gab es ja schon. Die Bandbreite der 1-Euro-Anforderungen geht vom Kaugummicop über den handwerklich begabten Hausmeister bis zum EDV-Spezialisten.

Es gibt weitere skandalöse Zustände, um die wir uns kümmern müssten: Anscheinend werden willkürliche Mietobergrenzen für Hartz IV-Empfänger gehandhabtⁱⁱ. In München gibt es hierzu eine Anfrage der Linkspartei.PDS an den Stadtrat. Ähnliches könnte man in Augsburg auch machen.

Der Leiter der ARGE Koch will so genannte Hartz-IV „Betrüger“ mit dem Zoll „jagen“. Er zeigt sich aber unfähig und unwillig, eine Vermittlungsstatistik zu führen.



www.aip-agil.de

**Keine Wölfe
in den westlichen Wäldern
- aber Schlangen
in der Arbeitsagentur**

Ergebnisse aus der neuen Bevölkerungsvorausberechnung des
Statistischen Bundes- und Landesamtes für Bayern und Augsburg

So wie es aussieht, drohen von Seiten der großen Koalition weitere Verschärfungen bei Hartz IV. Der Staat will die 28 Mrd. Euro Kosten bei Hartz IV – angeblich das Doppelte der erwarteten Summe – nicht hinnehmen. Tatsächlich ist Hartz IV nicht teurer als das alte System. Im System von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe wurden 2004 27,6 Mrd. Euro gezahlt. Was teurer geworden ist, sind die Kosten für Unterkunft, die von den Kommunen an ALG II-Bezieher ausgezahlt werden.

Das liegt daran, dass vorher das aufstockende Wohngeld einkommensabhängig gezahlt wurde und jetzt jede Bedarfsgemeinschaft Wohnung und Heizung voll ersetzt bekommt. Das war aber politisch *gewollt*, um die Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau absenken zu können.

Bei Zahlung von Arbeitslosengeld II an junge Erwerbslose unter 25 Jahren soll nach den neuesten Plänen wieder das so genannte „Rückgriffsrecht“ eingeführt werden. Diese Arbeitslosen sollen dann nur noch die Unterstützung bekommen, wenn die Eltern nicht in der Lage sind, sie zu unterhalten. Diesen jungen Arbeitslosen sollen nicht mehr automatisch die Wohnkosten ersetzt werden, wenn sie erstmals ihre „eigenen vier Wände“ bezogen haben. Ihnen werde künftig zugemutet, bei den Eltern zu leben, wenn dies möglich sei. Auch bei Vermittlung, Ich-AGs und Partnerschaften soll die Axt angelegt werden.ⁱⁱⁱ

Der Deutsche Städtetag, geführt durch Christian Ude, revoltiert gegen die Kosten im Zusammenhang mit Hartz IV, die die Bundesregierung auf die Kommunen überwälzen will. Obwohl eigentlich eine Erhöhung des Anteils des Bundes an den Unterkunftskosten ansteht (von 3,2 auf 4,1 Mrd. Euro), will der Bund seinen Anteil zusammenstreichen! Der Städtetag ist aber leider auch bereit, Hartz IV zu Lasten der Empfänger zu verschärfen. Die Kommunen neigen dazu, sich auf dem Rücken der Arbeitslosengeld II-Bezieher finanziell zu entlasten. So plädiert Ude nicht nur für eine schärfere Vermögensanrechnung, sondern auch für Korrekturen an der Leistungshöhe, sprich Rückführung des ALG II auf das Niveau der ehemaligen Sozialhilfe.

Wir sollten die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Sozial-Aks, -foren, Arbeitsloseninitiative und dem Montagsdemo-Bündnis in Augsburg anstreben. Eine Bündelung all dieser Kräfte wäre ein lohnenswertes politisches Ziel.

Der Arbeitskreis sollte sich auch vornehmen, die Arbeit der Bundestagsfraktion zu unterstützen und die bundespolitischen Initiativen der Fraktion für den Ort nutzbar zu machen. Im **100-Tage-Programm der Bundestagsfraktion DIE LINKE** *Veränderung braucht uns* finden sich eine Reihe von Schwerpunkten, die für unseren Arbeits- und Sozial-AK interessant wären und denen wir am Ort und in der Region nachgehen sollten.^{iv} Es sind dies die Punkte:

1. *Weg mit Hartz IV – soziale Grundsicherung einführen*
3. *Mindestlohn einführen*
5. *Beseitigung von Kinderarmut als ersten Schritt zur Sozialen Grundsicherung*
6. *Zukunftsinvestitionsprogramm für Deutschland - Fahrplan zur Angleichung der Lebensverhältnisse*
8. *Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe*
10. *Initiative gegen die EU-Dienstleistungsrichtlinie*

Zu **Weg mit Hartz IV – soziale Grundsicherung einführen** habe ich schon was gesagt, wobei es eben auch darum gehen muss, die Notwendigkeit einer sozialen Grundsicherung zu propagieren und zu begründen.

Mindestlohn einführen: Das bedeutet für uns, dass wir neben den 1-Euro-Jobs den gesamten Niedriglohnsektor beobachten sollten.^v Hier kommt eine Lawine auf uns zu. So stellt der Kommunale Arbeitgeberverband Bayern zufrieden fest, dass der neue Tarifvertrag Öffentlicher Dienst für Bund und Kommunen eine neue untere Entgeltgruppe enthält, die um 300 € niedriger liegt als der bisherige BAT. Diese Entgeltgruppe liegt mit 1286 € unter dem von der Linksfraktion geforderten Mindestlohn (1400 € Brutto). Und die Kommunale Arbeitgebervereinigung kündigt an, diese Entgeltgruppe auszuweiten und notfalls die Entgeltgruppen 2 – 4, die bis zu 2081 €/Monat erreichen, auf die Entgeltgruppe 1 zusammen zu schieben.

Dazu muss man sagen, dass der DGB jetzt eindeutig einen gesetzlichen Mindestlohn fordert, und zwar fast genau auf dieser Höhe, nämlich 7,50 € Stundenlohn, was einen Bruttolohn von 1200 € ergäbe und damit einem Nettolohn von 939 € auf der Höhe der Pfändungsfreigrenze entspreche. Der DGB-Vorsitzende Sommer stellt fest, dass eine solche gesetzlich festgelegte Untergrenze nötig sei, weil in schwach organisierten Branchen sonst Tarifabschlüsse getätigt würden, die noch weit darunter lägen – oder eben gar keine Tarife mehr gelten.^{vi} Seit Jahresmitte gilt gesetzlich eine neue Pfändungsfreigrenze von 989 €. Damit würde sich der vom DGB geforderte Bruttolohn logischerweise nach oben verschieben in Richtung 1300 € und sich damit dem von der Linksfraktion im Bundestag geforderten Mindestlohn in Höhe von 1400 € stark annähern.

Auch die Industrie- und Handelskammer Schwaben lehnt Mindestlöhne direkt ab und fordert eine Tariföffnung nach unten. Unter der Überschrift „Tarife betriebsnäher ausgestalten, Tariföffnung nach unten anstreben“ fordert die IHK: „Noch stärker als bisher muss die Möglichkeit zur Abweichung von Tarifverträgen, um Beschäftigung zu sichern, rechtlich möglich werden. Mindestlöhne sind für unsere Probleme am Arbeitsmarkt kontraproduktiv. Hier gilt es im Gegensatz dazu gezielt einen Niedriglohnsektor auszubauen. Daneben müssen über die jetzt diskutierten Ansätze der 1-Euro-Jobs hinaus Versuche unternommen werden, die Arbeitslosenhilfe noch verstärkt motivierend auszugestalten. Keine Leistung ohne Gegenleistung muss zu einem Grundprinzip werden.“^{vii}

Was die **Beseitigung von Kinderarmut als ersten Schritt zur Sozialen Grundsicherung** betrifft, so sollten wir uns mal den Armutsbericht der Stadt ansehen, der jährlich aktualisiert wird. Die Forderung nach einer „Sozialcard“ für Kinder aus finanziell schwachen Verhältnissen könnte erhoben werden. Gemeint ist damit z.B. verbilligter Eintritt in Sportstätten, Schwimmbad und ermäßigte Mitgliedsbeiträge für Sportvereine etc.

Zukunftsinvestitionsprogramm für Deutschland - Fahrplan zur Angleichung der Lebensverhältnisse: Hier müssten wir uns mit der **Wirtschaftsstruktur von Augsburg und Schwaben** befassen. Dazu liegen Studien

der IHK, der Gewerkschaften und regionalwissenschaftlicher Institute (inifes...) vor. Welche Stärken und welche Defizite hat diese Struktur? Welche Folgen hat dies für die Beschäftigtenentwicklung und die Entwicklung der Arbeitslosigkeit? Wie kann die Kommune und der Freistaat gegensteuern? Wie beurteilen wir die regionale Wirtschaftspolitik und welche Forderungen haben wir selbst?

Hier seien nur mal genannt: veraltete Industrien dominieren, der Dienstleistungssektor ist unterentwickelt im Städtevergleich, die Rüstungssparte spielt eine unselige, dominante Rolle, Nordschwaben verödet (negativer Aus-/Einpendlersaldo) und hat trotzdem den höchsten Zuwachs beim Bruttoinlandsprodukt im Vergleich mit den anderen schwäbischen Teilräumen. Das liegt eben daran, dass Eurocopter als weltgrößter Produzent von Militärhubschraubern samt Zulieferern sich breit macht. Wenn es nach der Industrie- und Handelskammer ginge, würde diese einseitige Entwicklung in Nordschwaben noch forciert, ebenso wie eine Ausrichtung Westschwabens als Logistikzentrum für dort ansässige große Speditionen (z.B. Dachser Kempten), oder der Konzentration der beruflichen und wissenschaftlichen Ausbildung im Augsburgsraum u.a. auf den Bereich „Antriebstechnik“, weil die MAN-Tochter Renk Getriebe für Schiffe, Kriegsschiffe und Panzer baut...

Für die Unternehmer ist das so genannte Schwaben-Gutachten^{viii} aus dem Jahr 2002 maßgebend, das über die Dialog-Plattform der Unternehmer „Forum Zukunft Schwaben“ weiterentwickelt und konkretisiert wird. Die Ergebnisse werden in der Zeitschrift der IHK veröffentlicht.^{ix} Eine regionale Betrachtung der Wirtschaftsstruktur aus dem Jahr 2001 von der PDS liegt vor unter dem Titel: „Schwaben im Abseits?“^x Daraus geht hervor, dass die schwäbische Wirtschaft praktisch alle Ziele, die sie vor 35 Jahren formuliert hat, verfehlt hat:

- ◆ Ausgeglichenheit der Wirtschaftsstruktur des Bezirks mit einem hohen Anteil an typischen Wachstumsbranchen
- ◆ Hoffnung auf weitere Wachstumsimpulse aus der elektrotechnischen Industrie
- ◆ Hoffnung auf die Entstehung eines zweiten Ballungsraums Kempten
- ◆ Hoffnung auf leistungsfähige Verbindungen im Fernverkehr, vor allem im Nord-Süd-Verkehr, von denen die weitere Entwicklung Schwabens abhängt

Inzwischen haben es die Kapitalisten aufgegeben, eine ausgeglichene Wirtschaftsstruktur in der Region anzustreben. Sie suchen ihr Heil in der Aufnahme verschiedener Standorte in die Clusterbildung und Kompetenzzentren, die von der bayerischen Staatsregierung definiert werden sowie eine möglichst vorteilhafte Einordnung in die Greater-Munich-Konzeption.^{xi} In der Regel konzentriert sich diese Clusterbildung auf vorhandene Konzernstrukturen und versucht, diese Strukturen weiter zu fördern. Vor allem durch Investitionen im Verkehrsbereich zur beschleunigten Beförderung von Management und An- und Abtransport von Waren und Investitionen im Bildungsbereich zur Forcierung des Technologie- und Wissenstransfers in die (Groß-)Firmen hinein.

Dass bei einer solchen Ausrichtung örtliche und regionale Interessen, auch wirtschaftliche Mittelstandsinteressen auf der Strecke bleiben bzw. großräumigen Globalstrategien untergeordnet werden, ist zu vermuten, wäre aber nachzuweisen. Davon, dass das Ernährungsgewerbe die zweitstärkste Branche in Schwaben nach dem Maschinenbau darstellt, wird in den IHK-Konzeptionen kaum gesprochen. Das Papier-, Druck- und Verlagsgewerbe liegt an fünfter Stelle und über dem Landesdurchschnitt. Auch diese Branche wäre sehr interessant für ein Wirtschaftskonzept... Die Einordnung der schwäbischen Wirtschaft in die bayerische Wirtschaft, bzw. in die Metropolgroßregion München und direkt in die Weltwirtschaft wäre zwar zu konstatieren aber nicht einfach wildwüchsig hinzunehmen. Über – salopp gesagt – *Globalisierung nach fairen Regeln* wäre schon noch zu reden.

Den Punkt **Initiative gegen die EU-Dienstleistungsrichtlinie** aus dem 100-Tage-Programm der Bundestagsfraktion sollte möglichst ein Kommunal-AK behandeln und weiterverfolgen. Attac-Augsburg plant hierzu Protestaktionen, konkret am 21.01.2006. Hier können wir uns anschließen.

Es gibt andere, interessante Schwerpunkte der **kommunalen Arbeitsmarktpolitik** wie „Pro Jugend“, „50 Plus“ oder das Projekt der „Job-Paten“, mit denen wir uns beschäftigen sollten. Eine zentrale Rolle spielt hier die Firma AIP, Augsburg Integration Plus, die u.a. wissenschaftliche Dienstleistungen an der Schnittstelle zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik erbringt und das Thema Integration nicht nur arbeitsmarkt- sondern auch migrantenpolitisch auffasst. ^{xiii} Im Mai dieses Jahres fand eine Zukunftskonferenz zum Arbeitsmarkt Augsburg statt, die auf der Webseite von AIP dokumentiert werden soll.

Sehr interessant in diesem Zusammenhang auch das Projekt AGIL, Lokales Arbeitsmarkt-Management für eine älter werdende Gesellschaft. In einer Studie mit dem Titel „Keine Wölfe in den westlichen Wäldern – aber Schlangen in der Arbeitsagentur“ ^{xiii} werden die interessierten Arbeitgeberthesen von der „Methusalem-Gesellschaft“ und dem demografisch bedingten Arbeitskräftemangel auch für den Raum Augsburg widerlegt. Die Menschen im Alter zwischen 55 und 65 Jahren werden als ein interessantes Erwerbspotential betrachtet. Voraussetzung für den Einsatz ihrer Erfahrungen und Qualifikationen wäre aber ein ziemlich radikales Umsteuern in Politik und v.a. Personalpolitik der Firmen. Das EU-Projekt AGIL erforscht das Älterwerden in Augsburg und entwickelt eine innovative Beschäftigungsstrategie im engeren Sinne. Im weiteren Sinne versteht sich AGIL als Testprojekt für die Erprobung und den Aufbau eines ganzheitlichen, lokalen Arbeitsmarktmanagements. Das muss uns interessieren. ^{xiv}

Wir sollten die **Politik des kommunalen Sozialreferats** kritisch begleiten. Welche Maßnahmen halten wir für wichtig, für unterstützenswert? Der Sozialreferent Hummel ist sehr rührig und sicher eine der wichtigsten Personen der rot-grünen Stadtverwaltung.

Besondere Beachtung verdient, inwieweit **Migranten** von Hartz IV oder der bayerischen/kommunalen Sozialpolitik **betroffen** sind und was die Ausländerbeiräte für Forderungen haben zur politischen Gleichstellung, Chancengleichheit im Bildungswesen, gegen Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt (Ausländerbeirat Augsburg und Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Bayerns) ^{xv}

Aus diesen Fragestellungen und Recherchen würde sich zwanglos eine gute **Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften** ergeben. Dabei ginge es nicht nur um Strukturpolitik sondern eben auch um Lohnstruktur, Lohnpolitik und Tarifbedingungen in der Region.

Politisches Augenmerk sollten gerade wir auf die einseitige Abhängigkeit von der **Rüstungsproduktion** legen, diese kritisieren und den Konversionsgedanken wach halten. Es gab bereits ein Rüstungskonversionsprojekt PUR bei EADS (damals DASA) in Augsburg. Dieses wurde bereits unter Menacher beerdigt. Eine Neuauflage wäre interessant. □

ⁱ Datum: 23.09.05

DGB - Augsburg
z.H. Hr. Helmut Jung

Betr. Beirat der ARGE Augsburg - Hartz IV Umsetzung mit 1-Euro-Jobs

Sehr geehrter Herr Jung,

Laut Pressebericht http://www.spd-schwaben.de/presse_paula/pm_050407_hartz.html ist in Augsburg ein Beirat bei der Augsburger ARGE installiert, in dem unter anderem auch Gewerkschaften vertreten sind. Ich würde gerne wissen, ob der DGB darin vertreten ist und wer genau die anderen Entscheidungsträger sind.

Falls dies richtig sein sollte, bitte ich um folgende Auskünfte:

- 1) Wer ist der Ansprechpartner des DGB für diesen Fall (Bitte um mail-Adresse) ?
- 2) Wer hat diesen Beirat installiert (Initiator + Beginn der Tätigkeit) und was erwartet sich der DGB von diesem Beirat ?
- 3) Welche Entscheidungen werden dort getroffen ? Wie setzt sich das Entscheidungsgremium zusammen und wie sind die Abstimmungsverhältnisse (besteht eine Vetorecht von seiten des DGB oder entscheidet die Mehrheit). Wie oft tagt der Beirat ?
- 4) Besonders interessiert mich die Position des DGB zu den 1-Euro-Jobs und deren Umsetzung (Arbeitsgelegenheiten nach § 16 Abs. 3 SGB II)
- 5) Laut Statistik vom August sind in Augsburg weit über 800 Personen in verschiedenen Tätigkeiten u.a. auch als Kaugummicops etc. verpflichtet worden und wer vertritt deren Interessen ?
- 6) Welche Tätigkeiten werden als EEJ ausgeübt. Gibt es hierzu eine Liste bzw. Aufstellung der Tätigkeiten nebst Stellenbeschreibung, sowie eine Aufstellung der Träger hierzu, die diese EEJ gegen MAE anbieten.
- 7) Nach welchen Kriterien wird dort derzeit entschieden und wer legt die Kriterien fest (Arge-Arbeitgeber-DGB; natürlich neben dem Gesetzgeber). Ferner, wie wird das vom DGB nachgeprüft bzw. überwacht, ob die Kriterien während der Laufzeit eingehalten werden. Die Begriffe Gemeinnützigkeit, Zusätzlichkeit und Erforderlichkeit sind ja vom Gesetzgeber bei EEJ sehr wenig in aktueller Rechtsprechung enthalten, außer in den verschiedenen Kommentaren zu Hartz IV unter anderem auch von Utz Kramer/Helga Spindler und Renate Bieritz-Harder.
- 8) Können Außenstehende Einsicht in diese Entscheidungsprozesse bzw. diese Prozeduren haben ?
- 9) Besteht die Möglichkeit der Mitwirkung und Mitbestimmung, wenn ja für wen ? (Voraussetzungen z.B. Zugehörigkeit einer Partei, Gewerkschaft, Öffentliches Interesse etc.)

Über eine konstruktive Antwort hierzu würde ich mich sehr freuen und biete Ihnen hierzu meine Mitarbeit und einschlägige Erfahrung an.

Mit freundlichen Grüßen

Herbert Ernst Haubner
Vorstandsmitglied der WASG Augsburg
zuständig für Hartz IV

ⁱⁱ Bei einem Infostand am Martin-Lutherplatz im Rahmen des Bundestagswahlkampfes wurde uns mitgeteilt: offensichtlich gibt es eine Mietobergrenze (50 qm, 300 €) für Alleinstehende ALG II-Empfänger und werden Leute gezwungen bei einer Überschreitung der Wohnfläche um zwei qm ausziehen!

ⁱⁱⁱ Zur Eindämmung der Milliarden-Kosten beim Arbeitslosengeld II haben sich Union und SPD auf gravierende Korrekturen bei der Hartz-IV-Reform verständigt, heißt es nach Informationen der Deutschen Presseagentur. Beide Seiten wollen mit den bisher beschlossenen Maßnahmen 1,8 Milliarden Euro pro Jahr einsparen, hieß es. Zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze im Niedriglohnbereich soll hingegen ein Kombi-Lohn-Modell eingeführt werden. [...]

Hintergrund für die Korrekturen bei den Hartz-IV-Gesetzen sind die stark steigenden Kosten. Es wird damit gerechnet, daß sie allein im laufenden Jahr auf 28 Milliarden Euro anwachsen könnten, nachdem die rot-grüne Bundesregierung dafür zunächst nur die Hälfte veranschlagt hatte.

Einigkeit besteht zwischen den Parteien, bei der Zahlung von Arbeitslosengeld II an junge Erwerbslose unter 25 Jahren wieder ein so genanntes Rückgriffsrecht einzuführen. Diese Arbeitslosen sollen dann nur noch die Unterstützung bekommen, wenn die Eltern nicht in der Lage sind, sie zu unterhalten. Diesen jungen Arbeitslosen sollen nicht mehr automatisch die Wohnkosten ersetzt werden, wenn sie erstmals ihre „eigenen vier Wände“

bezogen haben. Ihnen werde künftig zugemutet, bei den Eltern zu leben, wenn dies möglich sei.

Arbeitslosen, die in eheähnlichen Gemeinschaften unter einem Dach wohnen, soll zudem die Argumentation erschwert werden, daß diese Beziehung gar nicht mehr besteht. Sie müssen nach den Vorstellungen der möglichen Koalitionspartner künftig dafür die Beweislast tragen. Hintergrund ist eine Regelung in den Hartz-IV-Gesetzen, wonach Partner einer eheähnlichen Gemeinschaft zunächst einmal für einander einstehen müssen, ehe sie Arbeitslosengeld II erhalten können.

Auch weiteren Instrumenten, die durch die Hartz-Gesetze eingeführt worden waren, droht das Aus. So sollen die Neugründung der so genannten Ich-AGs nur noch bis Mitte nächsten Jahres in bisheriger Form gefördert werden. Danach wird ein neues Instrument geschaffen. Auch die Zahl der Personalservice-Agenturen soll reduziert werden, da sie sich bei der Vermittlung von Arbeitslosen bisher nicht bewährt haben.

Die grundsätzliche Verständigung auf die Einführung von Kombi- Löhnen ist ein Erfolg für die Union. Allerdings haben sich die Parteien hier noch nicht auf Details verständigt. So ist unklar, ob der Staat im Niedriglohnbereich einen direkten Teil des Arbeitslohns übernimmt oder etwa einen Teil der Lohnzusatzkosten. Auch hat die Arbeitsgruppe keinen konkreten Finanzbedarf für das Projekt angegeben.

Beim Arbeitslosengeld I soll hingegen alles beim Alten bleiben. Diese Versicherungsleistung soll weiterhin nur 12 Monate gewährt werden, bei Arbeitslosen über 55 Jahren 18 Monate. Um mehr Druck auf Arbeitslose zur Annahme von zumutbarer Arbeit auszuüben, soll die Zahl der ausländischen Saisonarbeitskräfte von derzeit etwa 320 000 deutlich reduziert werden. Gegen Schwarzarbeit möchten Union und SPD schärfer vorgehen und die Zahl der Ermittler aufstocken.

WELT.de Do, 3. November 2005 <http://www2.welt.de/data/2005/11/03/798417.html>

iv **Veränderung braucht uns**

100-Tage-Programm der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

Auszüge:

1. Weg mit Hartz IV - soziale Grundsicherung einführen

Wir lehnen die Grundlage der Hartz IV-Gesetze ab: Arbeitslosigkeit ist kein individuelles Verschulden, sondern Gegenstand gesellschaftlicher Verantwortung. Deshalb wollen wir eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung einführen, mit der die Entwürdigung von Arbeitslosen beendet wird. Als einen ersten Schritt dahin werden wir einen Gesetzentwurf zur grundlegenden Änderung der Hartz-IV-Gesetze vorlegen:

- Anhebung des Arbeitslosengeldes II auf 420 Euro in Ost und West (zuzüglich Kosten der Wohnung)
- Höhere Freibeträge für Ersparnisse, vor allem zur Alterssicherung
- Ausschluss der Zumutbarkeit von untertariflich bezahlter Arbeit
- deutliche Verbesserung der Zuverdienstmöglichkeiten
- Aufhebung der Regelungen zu Bedarfsgemeinschaften
- Gewährung des Krankenversicherungsschutzes für alle
- Beendigung der Enteignung älterer Arbeitsloser durch Verlängerung der ALG I-Bezugsdauer
- Beendigung der völligen Durchleuchtung der Betroffenen

[...]

3. Mindestlohn einführen

Unser Ziel ist die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von 1400 Euro brutto für ein Vollzeitverhältnis. Insbesondere die Geringqualifizierten in unteren Lohngruppen sollen erreicht werden. Arbeit muss existenzsichernd sein. Dazu werden wir mit Anhörungen und Gutachten zur Vorbereitung dieser Gesetzgebungsinitiativen beginnen. Gegebenenfalls werden wir Unterstützungen begehren, damit auch kleinere Unternehmen Mindestlöhne zahlen können. [...]

5. Beseitigung von Kinderarmut als ersten Schritt zur Sozialen Grundsicherung

Es ist ein Skandal, dass in unserem reichen Land über 1,7 Mio. Kinder in Armut leben. Deshalb werden wir als ersten Schritt hin zu einer bedarfsorientierten Grundsicherung vorschlagen, die Anrechnung des Kindergelds auf das ALG II und das Sozialgeld zu beenden. [...]

6. Zukunftsinvestitionsprogramm für Deutschland - Fahrplan zur Angleichung der Lebensverhältnisse

Wir wollen ein Zukunftsinvestitionsprogramm im Haushalt des nächsten Jahres verankern. Die Gemeinschaftsaufgaben nach Art. 91a GG und die EU-Wirtschaftsfördermittel sollen auf Innovationsförderung und Förderung strukturschwacher Regionen ausgerichtet werden. Wir streben einen Fahrplan zur Gleichbehandlung an, ob bei der Rente, bei Löhnen oder Sozialleistungen. Als erstes werden wir neben der Angleichung der ALG-II-Sätze in Ost und West die Wiedereinsetzung des 2002 abgeschafften Parlamentsausschusses Neue Länder als Ausschuss Neue Länder und regionale Strukturpolitik

beantragen. [...]

8. Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe

Wir werden einen Gesetzentwurf zur Förderung der Berufsausbildung einbringen: 290.000 betriebliche Ausbildungsplätze fehlen. Alle Versprechungen von Rot-Grün verwehen im Winde. Wir sagen: Wer nicht ausbildet muss zahlen - wer ausbildet, muss unterstützt werden. [...]

10. Initiative gegen die EU-Dienstleistungsrichtlinie

Die Europäische Kommission hat erneut beschlossen, an der Dienstleistungsrichtlinie festzuhalten. Der Bundestag hat am 30.6.2005 auf Antrag von Rot-Grün die Kommission aufgefordert, die Dienstleistungsrichtlinie zurückzunehmen und völlig zu überarbeiten. Wir werden umgehend eine parlamentarische Initiative in den Bundestag einbringen, mit der die Bundesregierung aufgefordert wird, gegen die Bolkestein-Richtlinie aktiv zu werden. [...]

http://sozialisten.de/service/suche/view_html?zid=30412

^v Der Kommunale Arbeitgeberverband Bayern beurteilt den Tarifvertrag Öffentlicher Dienst für Bund und Kommunen so:

Für eine umfassende und objektive Beurteilung sind die nachfolgenden Überlegungen zur Wertung des Tarifergebnisses TVöD von Bedeutung:

1. Neugestaltung der Tabelle mit instrumentellen Charaktermerkmalen

1.1 Einrichtung der Entgeltgruppe 1 als neue untere Entgeltgruppe

ca. 300 € niedriger als bisheriger Zahlbetrag BAT

die neue Entgeltgruppe 1 erlaubt den Erhalt öffentlicher Aufgaben in Konkurrenzsituationen, in denen bisher Wettbewerber mit besseren Tarifbedingungen kaum einholbar im Vorteil waren.

Beispiele: Gebäudereinigung, Straßenreinigung

Vorteilhaft ist, dass der Katalog der beispielhaften Tätigkeiten nicht abschließend ist. Die Beispiele geben eine Orientierung, sind aber erweiterbar.

Ausdrücklich sind landesbezirkliche tarifliche Regelungen ermöglicht, um die Entgeltgruppe 1 für weitere Bedarfslagen aufzuschließen.

1.2 Abweichende Regelungen in den Entgeltgruppen 1 bis 4 zur Vermeidung von Ausgliederungen

Die Entgeltgruppen 1 bis 4 im Abstand von 1.286 €/Monat bis 2.081 €/Monat für Tätigkeiten von un-/angelerntem Personal bzw. mit Ausbildungen unter drei Jahren sind aktuell besonders dem Wettbewerb ausgesetzt. In den Servicebereichen der Krankenhäuser, beim Bodendienstpersonal der Flughäfen und in der gesamten Entsorgungssparte drohen Privatisierung und Outsourcing, wie die Vergangenheit in vielen konkreten Fällen belegt. Die neue Regelung ermöglicht eine umfassende landesbezirkliche Ausgestaltung, die genannten Entgeltgruppen anders zu konfigurieren, um die gefährdeten öffentlichen Aufgabenbereiche konkurrenzfähig zu halten. Die Tarifvertragsparteien haben sich damit die Möglichkeit eröffnet, diese Entgeltgruppen völlig anders zu strukturieren, zusammen zu schieben oder die Stufenzahl zu verringern. Einziger Fixpunkt bleibt, dass der Startwert von 1.286 €/Monat nicht unterschritten werden darf. Theoretisch kann ein Zusammenschieben aller vier Entgeltgruppen auf diesen Fixwert erfolgen.

Damit kann regional-, sparten- und aufgabenbezogenen Wettbewerbsfähigkeit gesichert und wieder hergestellt werden. [...]

http://www.kav-bayern.de/html/aktuelle_themen.html

^{vi} <http://www.dgb.de/themen/tarifpolitik/mindestlohn/mindestlohn.htm>

^{vii} Wirtschaftspolitisches Positionspapier der Industrie- und Handelskammer Schwaben, Juli 2005

^{viii} das Gutachten liegt uns vor

^{ix} Es handelt sich um das Titelthema „Forum Zukunft Schwaben“: *Auf dem Weg zum*

kontinuierlichen Schwabendialog in Bayerisch-Schwäbische Wirtschaft 07|2005 und den Sonderdruck *Forum Zukunft Schwaben 2005: Bilanz aus drei Jahren* der Bayerisch-Schwäbischen Wirtschaft im Jahr 2005. Beide Ausgaben liegen der Redaktion vor.

^x *Opposition, Zeitschrift der PDS Augsburg, Dezember 2001, S. 4-5*

http://www.forumaugsburg.de/s_5region/Arbeit/051105_arbsoz/oppo-schwaben.pdf

^{xi} Voraussetzungen für eine Clusterbildung sind eine Konzentration von Unternehmen einer Branche sowie Hochschul- und Forschungseinrichtungen für den Technologietransfer. In der Diskussion für Schwaben sind z.B. Kompetenzcluster Verpackungsindustrie in Verbindung mit dem Ernährungsgewerbe, Logistik-Cluster, Raumfahrtcluster, Umweltcluster, Mechatronik-Cluster, IuK-Cluster (Informations- und Kommunikationstechnologiebranche) insbesondere das Kernkompetenzzentrum IT & Finanzdienstleistungen an der Universität, regionales Profil „Verbundfaserstoffe“

^{xii} Aus der Startseite von AIP <http://www.aip-augsburg.de/>

Herzlich willkommen bei der Augsburg Integration Plus GmbH!

... und besten Dank, dass Sie die neue Internetpräsentation der AIP Augsburg Integration gewählt haben.

Auf den folgenden Seiten erhalten Sie nicht nur den Zugang zu unseren von der Europäischen Union (EU) über den Europäischen Sozialfonds (ESF) geförderten Projekten AGIL (Stärkung von Innovation und Beschäftigung vor einer sich demographisch verändernden Gesellschaft), Equal/Startklar für das eigene Unternehmen (Existenzgründungsberatung besonders für Frauen, Menschen mit Behinderung, Menschen mit Migrationshintergrund), LOS (Lokales Kapital für soziale Zwecke), PRO-FIT für Augsburg (Equal II).

Auch unser wichtiges Geschäftsfeld Sozialraumplanung für die Stadt Augsburg wird hier vorgestellt; ebenso die in Vorbereitung befindliche Wohnraumbörse (Neue Wege zu gemeinschaftlichem Wohnen in Augsburg).

Und Sie finden hier fundierte Informationen über alle Bereiche, mit denen wir uns zusammen mit unseren Gesellschaftern und Projekt- und strategischen Partnern intensiv beschäftigen:

Arbeitsmarkt, Beschäftigung, Demographie, Hartz-Gesetze, Migranten- und Genderfragen, Diversity (Management der Vielfalt und Vielkulturalität), Wissens- und Human Resource Management (HRM), Fragen des Alterns, der Pflege und Rente.

Last but not least zeigen wir Ihnen unsere Leistungen an den Schnittstellen zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik, unser Angebot in der Politik-, Sozial- und Wirtschaftsberatung

^{xiii} http://www.aip-agil.de/downloads/teilberichte/pdf/woelfe_pdf

^{xiv} Das EU-Projekt AGIL erforscht das Älterwerden in Augsburg und entwickelt eine innovative Beschäftigungsstrategie für:

- neue Arbeitsplätze
- neue Märkte und Unternehmenspotenziale
- neue Mitarbeiterstrukturen

Das bis November 2004 laufende AGIL-Projekt erfasst Veränderungen und Entwicklungstrends in der großstädtischen Bevölkerungszusammensetzung, etwa Alterung und Unterjüngung, höhere Migrantenanteile, kleinere Haushaltsgößen, Bedürfnisse neuer Milieus, oder auch die Altersschichtung in einzelnen Berufszweigen. Auf der Basis dieser Trenddaten werden beschäftigungspolitische Empfehlungen erarbeitet und in einer lokalen Beschäftigungsstrategie zusammen gefasst.

Im Zusammenwirken lokaler Akteure wird das Beschäftigungsmanagement zur Realisierung dieser Strategie entwickelt. Für die Zeit nach der Modellphase werden Überlegungen zu einer tragfähigen Finanzierung angestellt, etwa über einen regionalen Beschäftigungsfonds und ein Cluster-Management für Firmen im Sozial- und Gesundheitsbereich.

Das AGIL-Projekt ist ebenso wie das Equal-Projekt ein wichtiger Schritt zu einer lokal-regionalen arbeitsmarktpolitischen Abstimmung und Steuerung, die im Einklang mit nationalen und europäischen Zielsetzungen steht, zugleich aber örtlichen Besonderheiten eher gerecht werden und die lokale Profilbildung stärken kann.

Zitiert nach *Arbeiten in einer alternden Gesellschaft*.

http://www.gesis.org/SocioGuide/Spezialthemen/aag/Forschung_und_Praxis/Initiativen/Deutschland.htm

Hier sind auch Zwischenberichte über AGIL dokumentiert, die sehr lesenswert sind und hochinteressante Daten über den Arbeitsmarkt im Raum Augsburg enthalten:

http://www.aip-agil.de/downloads/teilberichte/pdf/bericht04_pdf

http://www.aip-agil.de/downloads/teilberichte/pdf/bericht02_pdf

http://www.aip-agil.de/downloads/teilberichte/pdf/bericht05_pdf

http://www.aip-agil.de/downloads/teilberichte/pdf/bericht01_pdf

http://www.aip-agil.de/downloads/teilberichte/pdf/bericht03_pdf

^{xv} www.agaby.de